



Fachbereich/Eigenbetrieb Finanzen
Verfasser/in Peter Kleinmagd
Vorlage Nr. 205/2024
Datum 19.11.2024

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Öffentlichkeit	Sitzung am	Ergebnis
Ortschaftsratsrat Haagen	öffentlich-Vorberatung	26.11.2024	
Ortschaftsratsrat Hauingen	öffentlich-Vorberatung	26.11.2024	
Ortschaftsratsrat Brombach	öffentlich-Vorberatung	27.11.2024	
Hauptausschuss	öffentlich-Vorberatung	05.12.2024	
Gemeinderat	öffentlich-Beschluss	17.12.2024	

Betreff:

Haushaltsplan 2025

Anlagen:

Haushaltsplanentwurf 2025
Zusammenstellung Verschuldung 2025

Beschlussvorschlag:

Siehe Haushaltssatzung

Personelle Auswirkungen:

keine

Finanzielle Auswirkungen:

Begründung:

Haushalt 2025

Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2025

Etat in Zahlen	Millionen €	
	2024	2025
Ergebnishaushalt Erträge	159,61	167,79
Ergebnishaushalt Aufwendungen	167,69	174,60
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-8,08	-6,81
Auszahlungen für Investitionen	13,69	10,98
Kreditaufnahme	0,00	0,00
Schuldenstand Jahresende	15,92	15,11
Zins	0,19	0,20
Tilgung	0,79	0,81

Der Ergebnishaushalt 2025 musste mit einem Fehlbetrag von -6,81 Mio. Euro geplant werden. Die Abschreibungen können also nicht in vollem Umfang zur Finanzierung der Investitionen erwirtschaftet werden.

	Millionen €
veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Ergebnishaushalt)	-6,81
<i>nicht-zahlungswirksame Aufwendungen:</i>	
Abschreibungen	+9,32
Rückstellungen für Altersteilzeit	-0,10
<i>nicht-zahlungswirksame Erträge:</i>	
Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse	-1,02
Auflösung Sonderposten für Beiträge	-0,46
Auflösung von Sonstigen Sonderposten	-0,11
Liquider Überschuss/Bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Finanzhaushalt)	
Mittel, die für Investitionen zur Verfügung stehen bzw. liquides Delta	0,82

Der liquide Überschuss aus dem Ergebnishaushalt beträgt lediglich 0,82 Mio. Euro. Die Investitionen im Jahr 2025 müssen somit teilweise aus liquiden Rücklagen finanziert werden.

Verlauf des Haushaltsjahrs 2024

Die Ergebnisrechnung schließt nach aktueller Prognose besser als geplant ab.

Bei der Gewerbesteuer ist derzeit von Mehrerträgen in Höhe von rund 2,21 Mio. Euro auszugehen. Auch die Vergnügungssteuer liegt rund 400.000 Euro über dem Plan. Ausschlaggebend hierfür sind neben dem wieder gesteigerten Spielaufkommen, vor allem die verzögerten Schließungen von Spielhallen. Mehrerträge sind zudem aus dem Ausgleich der kommunalen Aufwendungen infolge des Wohngeld-Plus-Gesetzes (+106.600 Euro) und durch Entlastungsbeträge für die Unterbringung von Geflüchteten und den Mehraufwand in der Ausländerbehörde (insg. +450.000 Euro) entstanden.

Dem gegenüber stehen jedoch auch erhebliche Mindererträge. Darunter Bußgelder (-1,27 Mio. Euro), FAG-Schlüsselzuweisungen (-666.000 Euro), Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (-304.000 Euro), Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (-111.000 Euro) und der Familienleistungsausgleich (-115.000 Euro). Insgesamt ist derzeit mit Erträgen in Höhe von rund 161,43 Mio. Euro (+1,82 Mio. Euro) zur rechnen.

Aufgrund der hohen Gewerbesteuer ergeben sich Mehraufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von rund 200.000 Euro. Die Personalaufwendungen liegen voraussichtlich rund 150.000 Euro über der Planung. Zudem werden höhere Betriebskostenzuschüsse an externe Kitas (+355.000 Euro) erwartet. Hinzu kommt der Verlustausgleich 2023 an den Burghof (+500.000 Euro) sowie der Verlustausgleich an den Werkhof (+245.000 Euro). Minderaufwendungen ergeben sich vor allem bei der Bauunterhaltung im Hochbau (insg. ca. 1,25 Mio. Euro) sowie beim Personalkostenzuschuss an die WFL (ca. -163.000 Euro). Im Bereich Umwelt und Klimaschutz werden sich ebenfalls einige Projekte verzögern (insg. ca. -165.000 Euro). Grundsätzlich führen Minderaufwendungen aufgrund von Verzögerungen jedoch auch zu höheren Restmitteln, wodurch die Mittel gebunden bleiben und nicht für neue Projekte zur Verfügung stehen. Insgesamt ist derzeit mit Aufwendungen in Höhe von rund 167,2 Mio. Euro (ca. -500.000 Euro) zur rechnen.

Derzeit ist somit von einer Ergebnisverbesserung von rund 2,32 Mio. Euro (ord. Ergebnis: -5,76 Mio. Euro) auszugehen.

Schlechter als geplant wird die Finanzrechnung abschließen. Ursächlich sind neben Grundstücksverkäufen, welche in 2024 noch nicht abgewickelt werden konnten, vor allem nicht erhaltene Zuschüsse. Die Schulbauförderung sowie die Sportstättenförderung an der Fridolinschule (insg. 1,323 Mio. Euro) werden im Haushalt 2025 erneut veranschlagt. Dies gilt nicht für die KfW Effizienzhaus Förderung an der Fridolinschule (1,65 Mio. Euro), welche nicht eingehen wird.

Die Kreditermächtigung in Höhe von 3,12 Mio. Euro aus dem Haushalt 2023 wird, entgegen der Liquiditätsplanung aus dem Haushalt 2024, nicht in Anspruch genommen.

Ergebnishaushalt 2025

Im Ergebnishaushalt sind Erträge in Höhe von 167,79 Mio. Euro und Aufwendungen in Höhe von 174,6 Mio. Euro geplant. Das veranschlagte ordentliche Ergebnis beträgt **minus 6,81 Mio. Euro**.

Obwohl die Einnahmeerwartungen im Rahmen der Herbststeuerschätzung abgesenkt wurden, liegen die Erträge im Jahr 2025 weiterhin auf einem hohen Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr steigen diese um 8,18 Mio. Euro. Der größte Zuwachs ergibt sich abermals bei den Schlüsselzuweisungen (+4,62 Mio. Euro) sowie beim Gemeindeanteil an der Ein-

kommensteuer (+1,58 Mio. Euro). Der Ansatz bei der Gewerbesteuer konnte auf 27 Mio. Euro angehoben werden. Der Vorauszahlungsstand liegt derzeit bei rund 24,3 Mio. Euro, sodass die Planung bereits unterstellt, dass es auch im Jahr 2025 zu erheblichen Nachzahlungen aus Vorjahren kommen wird.

Die Aufwandseite ist abermals geprägt durch die hohe Kreisumlage. Nachdem sich diese bereits im Vorjahr um rund 4,3 Mio. Euro erhöht hat, erfolgt eine weitere Steigerung um 2,24 Mio. Euro. Diese Entwicklung ist mit Sorge zu betrachten. Die Probleme des Landkreises, allen voran der Kliniken des Landkreises Lörrach, verlagern sich zunehmend auf die Kommunen. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist jedoch selbst für die eigenen Aufgaben kaum noch auskömmlich, sodass ein ausgeglichener Haushalt immer schwieriger zu erreichen ist. Der außergewöhnlich hohe Tarifabschluss 2023 hat bereits im Vorjahr zu einem sprunghaften Anstieg der Personalkosten geführt. Auch in den kommenden Tarifverhandlungen ist mit weiteren Steigerungen, wenn auch nicht in diesem Ausmaß zu rechnen. Die Personalkostenplanung für den Haushalt 2025 unterstellt eine Tarifsteigerung in Höhe von 3%. Obwohl die Anzahl der neuen Stellen in Anbetracht der schwierigen finanziellen Lage auf das absolute Minimum reduziert wurde, steigen die Personalkosten abermals um rund 2,28 Mio. Euro.

Das hohe Preisniveau und die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst führen auch bei den Trägern im Bereich der Kinderbetreuung zu steigenden Kosten. Daher steigen auch die Zuschüsse zu den Betriebskosten der externen Kindertagesstätten um 793.000 Euro.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die hohen Ausgabepositionen wie die FAG- und Kreisumlage, die Betriebskostenzuschüsse an externe Kindertagesstätten sowie die Personalkosten kaum bzw. nicht kurzfristig durch die Kommunen zu beeinflussen sind. Gleichzeitig war das Defizit bereits im Jahr 2024 gravierend, sodass der vorliegende Haushaltsplan im Jahr 2025 nur geringfügig besser ausfällt.

Die wesentlichen Abweichungen zum Ergebnishaushalt 2024 sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

wesentliche Mehrerträge	Plan 2024	Plan 2025	Abweichung
FAG-Schlüsselzuweisungen	38.767.000	43.387.000	+4.620.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	37.847.000	39.425.000	+1.578.000
Gewerbesteuer	26.000.000	27.000.000	+1.000.000
Kleinkindbetreuung	5.105.000	5.752.000	+647.000
Vergnügungssteuer	1.650.000	1.900.000	+250.000
Gebühren Kindergärten & Krippen	944.600	1.144.000	+199.400
Miet- und Pachteinnahmen	1.564.500	1.747.500	+183.000
Sachkostenbeiträge Schulen	3.965.200	4.129.000	+163.800
Förderung eines Integrationsmanagements im Sinne des Paktes für Integration	240.000	351.900	+111.900
Ausgleich der kommunalen Aufwendungen infolge des Wohngeld-Plus-Gesetzes	0	106.600	+106.600
Nutzungsentschädigung Obdachlosenunterbringung und Betreuung	800.000	900.000	+100.000
§29f Sonderlastenausgleich zur Förderung der kommunalen Aufgabenerfüllung im Bereich Flucht und Migration	0	97.400	+97.400
Konzessionsabgaben Wasserversorgung	709.500	760.500	+51.000
wesentliche Mindererträge	Plan 2024	Plan 2025	Abweichung

Bußgelder Überwachung Verkehr	3.312.200	2.800.000	-512.200
Umlegungsverfahren Bühl III	200.000	0	-200.000
Baugebühren	527.300	368.300	-159.000
Integrative Hilfen Personalkostenzuschuss Gemein- dekindergarten Brombach (Bescheid kommt alle 2 Jahre)	140.000	0	-140.000
Zinsertrag Geldanlagen	650.000	550.000	-100.000
Säumniszuschläge	200.000	150.000	-50.000
wesentliche Mehraufwendungen	Plan 2024	Plan 2025	Abweichung
Personalbudget	39.301.100	41.579.300	+2.278.200
Kreisumlage (Umlagesatz 38,0 %)	32.466.000	34.710.000	+2.244.000
Betriebskosten externe Kindertagesstätten (3 % Kos- tensteigerungen und 3 % Tarifsteigerungen)	15.811.700	16.605.000	+793.300
Verlustausgleich 2024 Burghof	0	500.000	+500.000
Bauunterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Gewässer (inkl. Werkhof)	3.332.800	3.678.500	+345.700
FAG-Umlage	19.931.000	20.187.000	+256.000
Entwicklung, Pflege und Betreuung von Anwendun- gen inkl. Umstellung auf Outlook	215.500	466.000	+250.500
Bauunterhaltungszuschuss Evang. Kindergarten Lui- se-Scheppler-Haus	0	240.000	+240.000
Feuerwehr Umstellung Einsatzstellenfunk auf Digi- talfunk	0	200.000	+200.000
Grün- und Baumpflege	3.272.400	3.455.600	+183.200
Bauunterhaltung Gebäude und Grundstücke (inkl. Werkhofleistungen)	6.444.300	6.622.400	+178.100
Bewirtschaftungskosten Hochbau und Grundstücks- verkehr	5.045.200	5.222.400	+177.200
Verlustausgleich Friedhöfe	330.800	449.400	+118.600
SAP-Kosten inkl. Umstellung KMV auf KMStA	433.200	534.600	+101.400
Gewerbesteuerumlage	2.395.000	2.487.000	+92.000
Hardwarekosten	654.900	731.100	+76.200
Leistungsvereinbarung SAK	595.500	660.300	+64.800
Straßenreinigung/Winterdienst Werkhof	2.097.900	2.156.200	+58.300
wesentliche Minderaufwendungen	Plan 2024	Plan 2025	Abweichung
Bebauungspläne und städtebauliche Satzungen (oh- ne Lauffenmühle-Areal)	481.600	246.300	-235.300
Abschreibungen	9.547.100	9.322.600	-224.500
Umwelt und Klimaschutz	641.300	476.400	-164.900
Aufwendungen Wahlen	198.800	43.800	-155.000
Krankenhausareal "Flächen gewinnen durch Innen- entwicklung"	177.500	60.000	-117.500
Machbarkeitsstudien zum Bau weiterer Anschlussun- terbringungen	100.000	0	-100.000
Umlegungsverfahren Bühl III	100.000	0	-100.000
Lauffenmühle-Areal	170.400	95.000	-75.400
Zuschuss Wirtschaftsförderung inkl. Personalkosten- zuschuss	851.500	786.400	-65.100
Fortschreibung Märkte- und Zentrenkonzept	65.000	0	-65.000
Welcome-Center Integrationsmanagement	404.000	340.000	-64.000

Mietausgaben inkl. Nebenkosten (v.a. Anschlussunterbringung und Obdachlosenunterbringung)	3.460.800	3.404.000	-56.800
--	-----------	-----------	----------------

Investitionen und Finanzierungstätigkeit

Im investiven Bereich sind Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 10.983.600 Euro vorgesehen. Wesentliche Einzelheiten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Wichtige Investitionsvorhaben 2025	2025	Gesamt
Hochbaumaßnahmen		
Anschlussunterbringung ehem. Polizeirevier	1.500.000	5.350.000
HTG, Brandschutz	900.000	4.800.000
Ausweichquartier GS Tumringen, Fundamente und Leitungen	750.000	850.000
Evangelische Kita Haagen	500.000	6.700.000
Altes Zollhaus Sanierung	450.000	900.000
Museumsdepot Lärmschutzwand (Begrünte Wand)	100.000	100.000
Stabsstelle: Strategische Projektentwicklung Zukunft Rathaus		
Sanierung Rathaus	1.000.000	59.000.000
Ausweichquartier Rathaus	250.000	2.500.000
Tiefbau- und sonstige Baumaßnahmen		
Straßenbau Am Zoll Lörrach Riehen	1.500.000	4.177.127
Bühl III	250.000	4.250.000
Hochwasserschutz Brombach	200.000	2.300.000
Inzlinger Straße Sanierung	100.000	1.438.294
Hochwasserschutzmaßnahmen Tüllingen + Tumringen (Untersuchungen Starkregenereignisse und Baumaßnahmen)	100.000	700.000
Lauffenmühle Areal Vor-/Entwurfsplanung Erschließung/Freiflächen Rückbau Straße Neugestaltung Erschließung/Freiflächen	100.000	4.000.000
Platz für Bodenmanagement	50.000	400.000
Feuerwehr		
GW-L2 Abt. Brombach	300.000	500.000
LF 10 Abt. Haagen	250.000	500.000
HLF 10 Abt. Lörrach	250.000	500.000
Umrüstung Leitzentrale FW Lörrach	130.000	330.000
ELW 1 für Lörrach FBP 20 -25	120.000	120.000
Schlauchpflegeanlage SPZ-K	100.000	100.000
Wasserversorgung, Gewässer und Hochwasserschutz		
Quelleleitung Gretherhof (Stilllegung Stollen, Ableitung Quellwasser, Anbindung Trinkwasser)	92.400	638.916
Sonstiges		
Neue stationäre Geschwindigkeitsmessanlage in der Wiesentalstraße	100.000	100.000
Arbeitssicherheitsschlepper Wald	80.000	80.000

Die ordentliche Tilgung beträgt 810.000 Euro

Die Investitionen und Investitionszuschüsse sowie die ordentliche Tilgung werden wie folgt finanziert:

Gegenfinanzierung der Investitionen 2025	Mio. Euro
Grundstückveräußerungen	1,94
Investitionszuschüsse	3,83
Beiträge und ähnliche Entgelte	0,14
Sonstiges	0,11

Wie bereits in den Ausführungen zum Jahr 2024 erwähnt, sind einige geplante Einzahlungen im Jahr 2024 nicht eingegangen, sodass diese teilweise erneut geplant werden. Dies bedeutet, dass die hier dargestellten Einzahlungen nur teilweise zu liquiden Verbesserungen führen. Grundsätzlich stehen die gewährten Zuschüsse keinesfalls in einem angemessenen Verhältnis zu den kommunalen Aufgaben.

Der Gesamtbetrag für die Investitionen und die Investitionsfördermaßnahmen liegt unter dem Schnitt der letzten 5 Jahre. Es ist jedoch zu bedenken, dass in diesem Zeitraum hohe Kosten für den Erwerb und/oder die Erschließung von Grundstücken (z.B. Zentralklinikum, Belist, Lauffenmühle-Areal) angefallen sind, welche durch ihren Verkauf wiederum Investitionen in späteren Jahren finanzieren bzw. finanziert haben. Grundsätzlich waren die vergangenen Jahre überdurchschnittlich stark vom Verkauf von Grundstücken geprägt. Investitionsvolumina wie in den vergangenen Jahren kann der Haushalt dauerhaft nicht leisten.

Neben zusätzlichen Projekten, belasten auch die Mehrkosten bei diversen laufenden Maßnahmen, ausgelöst durch die steigenden Baupreise, den Haushalt.

Zudem sind im Haushalt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 14,86 Mio. Euro enthalten. Damit sind auch die großen Projekte im Finanzplanungszeitraum zu einem großen Teil festgelegt.

Obwohl die Stadt Lörrach in den letzten Jahren hohe Beträge, nicht nur im Hochbau in den Bereichen Schulen, Kindergärten und Sporthallen (z.B. Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule, Fridolinschule und Sporthalle, Waldorfkindergarten, Kita Alte Schule Haagen, Rosenfelssporthalle, Sporthalle Brombach), sondern auch im Tiefbau (z. B. Palmstraße, Straßenbau Zentralklinikum, Belist, Brombach-Ost usw.) investiert hat, stehen neben der Rathaussanierung viele weitere Millionenprojekte auf den „Prioritätenlisten Hoch- und Tiefbau“. Neben den personellen Ressourcen, welche in Zeiten des Fachkräftemangels ebenfalls begrenzt sind, fehlen vor allem die finanziellen Mittel. Die oft guten Ergebnisse der Vorjahre wurden stets in der Haushaltsplanung berücksichtigt. Die vorhandenen liquiden Rücklagen werden im vorliegenden Investitionsprogramm bereits im Jahr 2026 vollständig aufgebraucht sein. Ohne einen leistungsfähigen Ergebnishaushalt, welcher eine zentrale Rolle bei der Finanzierung der Investitionen einnehmen muss, ist es der Stadt Lörrach dauerhaft weder möglich die vorhandene Infrastruktur zu erhalten, noch in Neue zu investieren.

Finanzplanung 2026 – 2028

Die Finanzplanung wurde auf der Grundlage von aktuellen Prognosen und der Herbststeuerschätzung fortgeschrieben.

Im Gegensatz zu den letzten Haushalten, wird sich die finanzielle Situation im Finanzplanungszeitraum weiter verschärfen. Das Defizit im Ergebnishaushalt steigt im Jahr 2026 voraussichtlich auf rund 9,86 Mio. Euro, im Jahr 2027 wird ein Minus von rund 9,42 Mio. und im Jahr 2028 ein Minus von rund 8,96 Mio. Euro erwartet.

Dies führt in den Jahren 2026 und 2027 sogar zu einem Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit. Das bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht mehr durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. Eine Finanzierung der Investitionen über den Ergebnishaushalt entfällt demnach.

Zwar steigen die Erträge auch in den kommenden Jahren, teilweise jedoch nicht mehr so stark wie zuletzt. Die Steuerkraftmesszahl und vor allem die Steuerkraftsumme steigen ab 2026 deutlich, was zu verhältnismäßig geringeren Schlüsselzuweisungen und hohen Umfragen führt.

Die mittelfristige Finanzplanung setzt zudem voraus, dass die Aufwendungen teilweise nicht im Maße der vergangenen Jahre steigen. Die Personalkosten werden mit einer Steigerungsrate von 4% p.a. fortgeschrieben. Dies bedeutet, dass Stellenmehrungen wie zuletzt nicht unterstellt werden. Dies ist jedoch nur durch eine strikte Aufgabenkritik zu erreichen. Für die Bauunterhaltungsmittel wird eine Steigerungsrate von 3% p.a. zugrunde gelegt, da Investitionen in die bestehende Infrastruktur unerlässlich sind. Im Jahr 2027 sind zusätzlich 500.000 Euro für den Umzug in das Ausweichquartier enthalten. Die Betriebskostenzuschüsse an externe Träger werden mit 5% p.a. fortgeschrieben. Für die Kreisumlage wird erwartet, dass diese zwar weiter deutlich steigen wird, nicht jedoch so sprunghaft wie zuletzt. Selbst ein Festhalten am jetzigen Niveau macht die Kommunen zunehmend handlungsunfähig.

Die sehr schlechten Prognosen im Ergebnishaushalt führen dazu, dass im Finanzplanungszeitraum derzeit Kredite in Höhe von insgesamt 20,5 Mio. Euro enthalten sind. Dies ist besonders besorgniserregend vor dem Hintergrund, dass die Grundstückserlöse aus dem Baugebiet Bühl III von voraussichtlich insgesamt 15,2 Mio. Euro in den Jahren 2027 und 2028 bereits enthalten sind. Weitere Grundstücksveräußerungen in dieser Höhe sind auch nach dem Jahr 2028 nicht zu erwarten. Mit den Einnahmen aus den Veräußerungen auf dem Lauffenmühle-Areal müssen zunächst die zweckgebundenen Kredite getilgt werden. Hinzu kommt die Tatsache, dass das vorliegende Investitionsprogramm im Wesentlichen lediglich die bereits begonnene bzw. beschlossenen Vorhaben enthält.

Fazit/Ausblick

In den letzten Jahren sind hohe Defizite im Ergebnishaushalt fast schon zur Gewohnheit geworden. Oftmals sind die Ergebnisse am Ende deutlich besser ausgefallen, dies ist im Ausmaß der vergangenen Jahre für 2024 jedoch nicht zu erwarten. Nicht nur um den rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden, sondern vor allem um die Finanzierung der Investitionen gewährleisten zu können, müssen die Defizite im Ergebnishaushalte künftig zwingend reduziert werden.

Eine Finanzierung der Investitionen über Kredite, verursacht nicht nur zusätzliche Kosten, sondern geht auch zu Lasten künftiger Generationen und sollte somit nur mit Bedacht eingesetzt werden.

Die finanzielle Lage wird weiterhin schwierig bleiben. Die Kommunen sehen sich mit wachsenden Aufgaben aus immer neuen Rechtsansprüchen konfrontiert, welchen nur selten angemessene Finanzaufweisungen entgegenstehen. Auch die Entwicklungen beim Landkreis bereiten Sorge. Hinzu kommen weiterhin steigende Baupreise, weltweite Krisen, der zunehmende Fachkräftemangel und ein unsicheres Wirtschaftswachstum. All diese Risikofaktoren wirken sich auf die Haushalte der Kommunen aus.

Der aktuelle Haushaltsplanentwurf enthält kaum Angebotsstreichungen und keine Schließungen von Einrichtungen. Es ist aus unserer Sicht aber zwingend notwendig den begonnenen Haushaltskonsolidierungsprozess konsequent weiterzuverfolgen.

Mit Blick auf das Jahr 2026 und die Folgejahre muss eine kritische Diskussion geführt werden, was wir uns noch leisten können. Bei diesem Diskurs kann es keine Tabus geben.

Peter Kleinmagd
Fachbeamter für das Finanzwesen